

Inhaltsverzeichnis

1. Innoplanta	
2. Forum Grüne Vernunft	
3. Bayer	
4. FDP	

Innoplanta

InnoPlanta ist ein im Jahr 2000 gegründeter Verein, der Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit zu dem Thema Gentechnik im Bereich der Pflanzenzüchtung, so genannte "Grüne Gentechnik", betreibt. Mitglieder sind Saatzüchter, Biotech-Unternehmen, Partner aus der Industrie und Forschungseinrichtungen, die sich mit Gentechnik beschäftigen. Es bestehen enge Beziehungen zum Verein [Forum Grüne Vernunft](#). Der Gründungspräsident von Innoplanta, der CDU-Politiker Thomas Leimbach, war von 2004-2011 Präsident des Landesverwaltungsamts Sachsen-Anhalt^[1] und damit Chef der Kontrollbehörde, die für Innoplanta zuständig ist.^[2]

InnoPlanta

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Gentechnik im Bereich Pflanzenzüchtung
Gründungsdatum	16.05.2000
Hauptsitz	06466 Stadt Seeland, OT Gatersleben, Am Schwabeplan 1b
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.innoplanta.de

Inhaltsverzeichnis

1 Mitglieder	2
2 Kurzdarstellung und Geschichte	2
3 Lobbystrategien und Einfluss	3
4 Organisationsstruktur und Personal	3
4.1 Vereinsvorstand	3
4.2 Beirat	4
5 Finanzen	4
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
7 Einzelnachweise	5

Mitglieder

Mitglieder sind: [Saatzüchter](#), [Biotech-Firmen](#), [Industrie](#), [Dienstleister](#) und [Forschungseinrichtungen](#) (Stand: August 2018). Laut BIOTECH Zentrum Gatersleben GmbH hat der Verein 80 Mitglieder.^[3]

Kurzdarstellung und Geschichte

InnoPlanta e.V. wurde im Jahr 2000 unter anderem von [Hans Strohmeyer](#) (ehem. Mitarbeiter bei Bio-Mitteldeutschland, BMD) gegründet und gilt als "zentrale Schnittstelle zwischen Politik, Gentechnikkonzernen, PR-Organisationen und Forschungsinstitutionen".^{[4][5]} 2004 wird InnoPlanta in die Initiative des Bundesministerium für Bildung und Forschung [KompetenznetzeDeutschland](#) aufgenommen. 2006 gründet InnoPlanta die "Arbeitsgemeinschaft Innovativer Landwirte" (InnoPlanta AGIL).^[4]

Lobbystrategien und Einfluss

Nach eigenen Angaben leistet Innoplanta Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung der Akzeptanz der Pflanzenbiotechnologie in der Bevölkerung sowie zur Präsentation Deutschlands als optimaler Standort für alle wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten im Bereich der Pflanzenbiotechnologie.^[6]

Neben eigenen Projekten zur Förderung der Pflanzengentik organisiert Innoplanta diverse Informationsveranstaltungen und zeigt Präsenz auf verschiedenen Messen (z.B. BIOTECHNICA, Kongress "Wirtschaftskraft Pflanze"). Darüber hinaus beteiligt sich Innoplanta an Forschungsprojekten (z.B. "PlantResource"). Innoplanta betreibt die Webseite innoplanta.de und verschickt unregelmäßig Newsletter, desweiteren versucht die Organisation auf die Fachmedien zu wirken. Einmal im Jahr wird das Innoplanta-Forum veranstaltet, das im Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) stattfindet, einem Mitglied von Innoplanta. Das Forum dient als Austausch und Informationsplattform für alle Interessierten und besteht hauptsächlich aus Vorträgen und Seminaren. Seit 2008 wird auf dem Forum auch ein Preis für Wissenschaftler und Journalisten verliehen, die nach Auffassung von Innoplanta zu dem Themenbereich Grüne Gentechnik "sachdienliche Beiträge" geleistet haben. Innoplanta war an der Finanzierung des im November 2006 eröffneten "Grünen Labors" beteiligt. Das "Grüne Labor" ist eine Einrichtung in der Schüler_innen die Grüne Gentechnik nahe gebracht und so Akzeptanz geschaffen werden soll.

Bei der Organisation und Öffentlichkeitsarbeit wird der Verein von der [genius GmbH](#) unterstützt.

Innoplanta ist Mitglied der Initiative [Green Gate Gaterleben](#), zu der als weitere Partner u. a. die [Bayer AG](#), die Saaten Union Biotec GmbH und die Trait Genetics GmbH gehören.

Organisationsstruktur und Personal

Vereinsvorstand

Name	Funktion
Uwe Schrader (Vorsitzender)	<ul style="list-style-type: none"> • EnergieVernunft Mitteldeutschland e.V., Vorsitzender • Forum Grüne Vernunft, ehem. Vorsitzender • Liberaler Mittelstand Sachsen-Anhalt, Vorstandsmitglied • FDP, Mitglied • Bund Katholischer Unternehmer, Mitglied • Landtag von Sachsen-Anhalt, ehem. Mitglied
Wolf von Rhade	<ul style="list-style-type: none"> • Nordsaat Saatzucht GmbH, Geschäftsführer • Gregor Mendel Stiftung, Mitglied des Kuratoriums • Hybro Saatzucht GmbH & Co. KG, Mitgeschäftsführer • Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter (BDP), Vorstandsmitglied • Gemeinschaft zur Förderung der Pflanzeninnovation (GFPI), Vorsitzender
Wolfgang Joachim	<ul style="list-style-type: none"> • Kleinwanzlebener Saatgut, ehem. Geschäftsführer

(Stand: März 2023) Quelle: Eintrag im Vereinsgericht des Amtsgerichts Stendal (VR 36430), Abruf vom 07.03.2023

Beirat

Name	Funktion
Horst Rehberger (Beiratsvorsitzender) ^[7]	<ul style="list-style-type: none"> • Forum Grüne Vernunft, Vorsitzender • ehem. Wirtschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt • Ehrenvorsitzender des FDP-Landesverbandes Sachsen-Anhalt
Günter Welz	<ul style="list-style-type: none"> • Bayer CropScience AG European Wheat Breeding Center Gatersleben, Leiter • CropFit consortium, Mitglied des Industrial Advisory Board
Bernd Eise	BGI Biotechpark Gatersleben, Geschäftsführer
Klaus-Dieter Jany	<ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaftskreis Genomik und Gentechnik e.V. (WGG), Vorsitzender • Verband Biologie, Biowissenschaften & Biomedizin Deutschland (VBIO), Mitglied des Beirats • Molekularbiologisches Zentrum (MBZ) an der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BELF), ehem. Leiter
Olaf Feuerborn	Landesbauernverband Sachsen-Anhalt, Präsident
Joachim Schiemann	Institut für die Sicherheit biotechnologischer Verfahren bei Pflanzen am Julius-Kühn-Institut (JKI), ehem. Leiter

(Stand: März 2023) Quelle: ^[8]

Finanzen

Nach der Gründung gewinnt InnoPlanta den [Innoregio-Wettbewerb](#) im Jahr 2000 und wird laut Geschäftsbericht 2007 mit 20,5 Millionen Euro vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Davon flossen 20 Millionen Euro in verschiedene Projekte zur Förderung der Pflanzengentik. Die Eigenmittel der beteiligten Unternehmen belaufen sich laut Eigenangaben auf ca. 10 Millionen Euro, so dass insgesamt rund 30 Millionen Euro Fördermittel im Zeitraum von 2001 bis 2006 geflossen sind. 7% (ca. 2,1 Millionen Euro) dieser Gelder wurden für Querschnittsthemen verwendet. Darunter fallen die Themen Bildung, Akzeptanz und Koordinierung.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [InnoPlanta-Preis 2010 an Dr. Stefan Rausch und Michael Miersch](#), innoplanta.de vom 09.09.2010
2. ↑ [Innenansichten aus der Agro-Gentechnik-Lobby](#), Newsletter gen-ethisches-Netzwerk.de vom Mai 2011, abgerufen am 26.08.2018
3. ↑ [InnoPlanta e.V.](#), startupbiotech.de, abgerufen am 09.03.2023
4. ↑ ^{4,04,1} [Gen-ethisches Netzwerk - Innoplanta e.V.](#) www.gen-ethisches-netzwerk.de, abgerufen am 18.01.2012
5. ↑ [Andreas Bauer - Gentechnik-Verflechtungen in Sachsen-Anhalt](#) www.umweltinstitut.org, abgerufen 18.01.2012
6. ↑ [Ziele](#), Innoplanta.de, abgerufen am 25.08.2018
7. ↑ [Engagement](#), gruenevernunft.de, abgerufen am 27.08.2018
8. ↑ [Innoplanta](#), innoplanta.de, abgerufen am 07.03.2023

Forum Grüne Vernunft

Das **Forum Grüne Vernunft** ist ein Verein, der sich pro Gentechnik im Bereich Pflanzenzüchtung einsetzt und aktiv versucht mehr Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu schaffen. Förderndes Mitglied ist der [Industrieverband Agrar e.V.](#), zu dessen 51 Mitgliedern BASF (Unternehmensbereiche Pflanzenschutz und Düngemittel) und Bayer CropScience gehören. Es gibt diverse Verbindungen von persönlichen Mitgliedern zu [Innoplanta](#), die - wie das Forum Grüne Vernunft - unter der Adresse Am Schwabeplan 1 b, 06466 Stadt Seeland, residiert. Dort hat auch die EnergieVernunft Mitteldeutschland e.V. ihren Sitz.

Der FDP-Politiker Horst Rehberger leitet gemeinsam mit einem einflussreichen Lobbyisten der Agrarchemie (Gerhard Prante) das Forum, das sich auch damit beschäftigt, die Umweltschutzorganisation Greenpeace zu diskreditieren.^{[1][2]} In seiner Biografie beim Deutschen Bundestag gibt Gero Hocker, Sprecher für Landwirtschaft und Ernährung der FDP-Bundestagsfraktion, an, Mitglied des Vorstands des Forums Grüne Vernunft zu sein.

Forum Grüne Vernunft

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Propagierung der Gentechnik im Bereich Pflanzenzüchtung
Gründungsdatum	Juni 2010
Hauptsitz	06466 Stadt Seeland, OT Gatersleben, Am Schwabeplan 1b
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.gruenevernunft.de

Inhaltsverzeichnis

1 Rolle des Vorstandsvorsitzenden Horst Rehberger	6
2 Lobbystrategien und Einfluss	6
3 Organisationsstruktur und Personal	6
3.1 Vorstand	6
3.2 Weitere Mitglieder	7
4 Finanzen	7
5 Kurzdarstellung und Geschichte	7
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	8
7 Einzelnachweise	8

Rolle des Vorstandsvorsitzenden Horst Rehberger

Vorsitzender ist Horst Rehberger (FDP), 2002- 2006 Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt, Ehrenvorsitzender des FDP-Landesverbandes Sachsen-Anhalt. In seiner Zeit als Wirtschaftsminister schuf er eine Biotechnologie-Offensive, die 100 Mio. Euro schwer sein sollte.^[3] In diesem Zusammenhang wurde der 2007 fertiggestellte Biopark Gatersleben geschaffen, in dem die Initiative [Green Gate Gaterleben](#) gegründet wurde. Zu deren Partnern gehört u. a. die [Bayer](#) AG, die Saaten Union Biotech GmbH, die Trait Genetics GmbH und [Innoplanta](#), deren Beiratsvorsitzender Rehberger ist. 2014 hat Rehberger eingeräumt, Biotechnologie-Firmen als Rechtsanwalt in Verleumdungsprozessen zu vertreten.^[4]

Lobbystrategien und Einfluss

Mit offenen Briefen, Demonstrationen und Pressekonferenzen wird für die Grüne Gentechnik geworben. Am 19. November 2010 führt das Forum einen Thesenanschlag vor der Zentrale von Greenpeace durch. Die 10 Thesen sollen der Start eines Dialogs mit Greenpeace sein. Sie enthalten Argumente die nach der Position des Forum Grüne Vernunft stark für eine Grüne Gentechnik sprechen.^[5]

Auf der Webseite des Forums werden Artikel von Journalisten weiterverbreitet und positiv kommentiert, die die Gentechnik grundsätzlich befürworten und regelmäßig gentechnisch-kritische NGOs kritisieren. Zu diesen Journalisten gehören Ludger Weiß, Mit-Gründer der PR- und Lobbyagentur [akampion](#) ^[6], und Kathrin Zinkant, Wissenschaftsjournalistin bei der Süddeutschen Zeitung^[7], die die lobbykritische Organisation Testbiotech sogar als „einschlägig bekannte Lobbyorganisation“ diskreditiert.^[8]

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg (VR 29702 B), Ausdruck vom 06.03.2023, sind Mitglieder des Vorstands:

- Horst Rehberger (Vorsitzender seit 2015), Rechtsanwalt in Saarbrücken und Sachsen-Anhalt, ehem. FDP-Politiker, Ehrenmitglied im Industrieclub Magdeburg^[9], Beiratsvorsitzender von [Innoplanta](#) (Vereinigung von Saatzüchtern, Landwirten und Forschungseinrichtungen)
- Gerhard Prante (Stellv. Vorsitzender) war Mitglied des Vorstands der Agrarius Gruppe, deren Kerngeschäft die Produktion von Agrarrohstoffen ist. Sein Profil wurde auf der Webseite von Agrarius wie folgt beschrieben: „Nach seiner Promotion im Jahre 1970 trat er in die Hoechst AG ein und wurde 1985 Leiter der Landwirtschaftsaktivitäten der Hoechst AG. 1994 wurde Gerhard Prante Vorsitzender der Geschäftsführung der AgrEvo GmbH, dem Hoechst/Schering Agrargemeinschaftsunternehmen, das Ende 1999 Teil der Aventis CropScience S.A. (heutige Bayer CropScience AG) wurde. Dort war er bis 2001 stellvertretender Vorstandsvorsitzender und anschließend bis 2012 Aufsichtsratsmitglied der Bayer Crop Science AG. Darüber hinaus war er von 1983 bis 2003 Mitglied und zeitweise Präsident diverser Agrar-Industrievereinigungen.“^[10] So wurde er zum ersten Vorsitzende des Industrieverbands Agrar gewählt, der hervorging aus dem Zusammenschluss des Industrieverbands Pflanzenschutz mit der Fachvereinigung Futterphosphate und den Fachverbänden Phosphatdünger und Stickstoffindustrie.^[11] Prante ist u. a. Mitglied des Board of Directors von CIBUS Global Ltd. und Direvo Egneneering Biomass und Aufsichtsratsmitglied der Alessa GmbH.

Laut eigenen Angaben beim Deutschen Bundestag^[12] ist Mitglied des Vorstands:

- Gero Hocker, MdB (FDP), Sprecher für Landwirtschaft und Ernährung der FDP-Bundestagsfraktion, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit des Deutschen Bundestags und Präsident des [Deutschen Fischerei-Verbands](#). Seine Mitarbeiter betrieben die Beratungsfirma Feinschliff Consulting, die Unternehmensvertretern Auftritte mit Hocker für einige Tausend Euro verkauft haben sollen.^[13]

Weitere Mitglieder

Uwe Schrader (bis 2015 Vorsitzender):

- Vorsitzender der EnergieVernunft Mitteldeutschland e.V.
- Vorstandsmitglied von Liberaler Mittelstand Sachsen-Anhalt
- Vorsitzender des Vereins [Innoplanta](#)
- 2000-2006 und 2008-2011 Mitglied des Landtags Sachsen-Anhalt
- Mitglied [Bund Katholischer Unternehmer](#) (BKU)
- Mitglied „Stiftung Umwelt und Naturschutz Großes Bruch“ e.V.

Quelle:^[14]

Reinhard Szibor:

- 2011 wurde ihm der Wissenschaftspreis von [Innoplanta](#) verliehen
- 1992-2010 Tätigkeit in der Forensischen Genetik, danach Ruhestand
- 1970-1992 Tätigkeit in der Humangenetik

2011 verfasst Reinhard Szibor ein "Memorandum zur Verantwortung der Kirchen hinsichtlich des Themenkreises Grüne Gentechnik". Darin vertritt er unter anderem die Position, dass es in der ethischen Verantwortung der Kirche liegt, über die Grüne Gentechnik als Werkzeug zur Milderung des Hungers zu diskutieren. Das Memorandum wurde über das Forum Grüne Vernunft veröffentlicht und ist dort abrufbar.

Quelle:^{[15][16][17]}

Jürgen Cremer

- Abteilungsleiter im Pflanzenschutzamt Halle für die Pflanzenschutzmittelprüfung und das Versuchswesen (Zeitraum unbekannt)
- Arbeit bei [Hoechst](#), [AgrEvo](#), [Aventis](#) und [Bayer CropScience](#) in der Forschung und Entwicklung

Die Bayer CropScience rettet im Dezember 2011 den Biopark Gatersleben vor dem Konkurs, deren Geschäftsführer Eric Schleyer im Beirat von [Innoplanta](#) ist.

Quelle:^{[18][19][20]}

Finanzen

Es werden keine detaillierten Informationen über die Finanzierung veröffentlicht.

Kurzdarstellung und Geschichte

Gründer des Vereins ist **Uwe Schrader**.

In der Selbstdarstellung heißt es:

"Das Forum Grüne Vernunft wurde gegründet, um offensiv und sachlich über die Grüne Gentechnik aufzuklären. Das Forum will als gemeinnütziger Verein insbesondere Privatpersonen als Fürsprecher und Unterstützer der Grünen Gentechnik mobilisieren."

Quelle:^[21]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Greenpeace muss sich verantworten](#), forum-gruene-vernunft.de vom 15.03.2017, abgerufen am 19.08.2018
2. ↑ [Angst spült Millionen in Kassen von Greenpeace & Co.](#), welt.de vom 29.05.2015, abgerufen am 19.08.2018
3. ↑ [Gentechnik Großversuch ohne Erfolg](#), mz-web.de vom 26.03.2013, abgerufen am 19.08.2018
4. ↑ [Vom Minister zum späten Aktivisten](#), saarbruecker-zeitung.de vom 08.02.2014, abgerufen am 19.08.2019
5. ↑ [Thesenanschlag](#), www.youtube.com, abgerufen am 16.01.2012
6. ↑ [Ludger Weiß](#), gruenevernunft.de, abgerufen am 28.08.2018
7. ↑ [Kathrin Zinkant](#), gruenvernunft.de, abgerufen am 28.08.2018
8. ↑ [Gefällige Fakten gesucht und gefunden](#), sueddeutsche.de vom 18.08.2018, abgerufen am 28.08.2018
9. ↑ [Mitglieder](#), industrieclub-magdeburg.de, abgerufen am 07.03.2023
10. ↑ [Vorstand](#), agrarius.de, abgerufen am 19.08.2018
11. ↑ [Jahresbericht 2017/2018 des Industrieverbands Agrar](#), abgerufen am 19.08.2018
12. ↑ [Biografie](#), bundestag.de, abgerufen am 07.03.2023
13. ↑ [Gefährliche Saat](#), sueddeutsche.de vom 11.08.2020, abgerufen am 09.03.2023
14. ↑ [Forum Grüne Vernunft - Mitglieder](#) www.gruenevernunft.de abgerufen am 07.03.2023
15. ↑ [Innoplanta-Preise 2011](#) www.innoplanta.de, abgerufen am 17.01.2012
16. ↑ [Forum Gruene Vernunft - Mitglieder](#) www.gruenevernunft.de, abgerufen am 17.01.2012
17. ↑ [Memorandum zur Verantwortung der Kirchen hinsichtlich des Themenkreises Grüne Gentechnik - Reinhard Szibor](#) www.gruenevernunft.de, abgerufen am 17.01.2012
18. ↑ [Forum Grüne Vernunft - Mitglieder](#) www.gruenevernunft.de, abgerufen am 18.01.2012
19. ↑ [Weizenzucht-Zentrum von Bayer neben wichtiger Weizen-Genbank](#) www.keine-gentechnik.de, abgerufen am 18.01.2012
20. ↑ [Innoplanta Gremien](#) www.innoplanta.de, abgerufen am 18.01.2012
21. ↑ [Ziele und Aufgaben](#), www.gruenvernunft.de, abgerufen am 16.01.2012

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von [Monsanto](#) im Juni 2018 ist der Konzern zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2] Seine Glyphosat-Produkte vertreibt er unter dem Markennamen „Roundup“.

Laut Bundesumweltministerium gefährden Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat die biologische Vielfalt, weil deren Einsatz immer der Beseitigung unerwünschter Pflanzen, Pilze oder Tiere auf den Ackerflächen dient.^{[3][4]} Beim Einsatz von Breitbandherbiziden und -insektiziden werden Pflanzen und Tiere auf den Ackerflächen abgetötet, die gar nicht bekämpft werden sollen, zum Beispiel nützliche Insekten.^[5] Es gibt deshalb einen Interessenkonflikt zwischen den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, die von einem hohen Absatz profitieren, und weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich für eine intakte Natur einsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die massive Lobbytätigkeit der Agrarchemie gegen Einsatzbeschränkungen zu sehen. Bayer begründet den Einsatz von Pflanzenschutzmittel mit der Steigerung der Effizienz, Erträge und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen.^[6]

Der Umsatz des Konzerns, der ca. 100 Tsd. Personen beschäftigt, lag im Jahr 2023 bei 47,6 Mrd. Euro.^[7] Etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt auf den Bereich Crop Science. In Deutschland betrugen die Lobbyausgaben 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Brüssel zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro. Für die USA wurden die Lobbyausgaben 2022 mit 17,5 Mio. Euro beziffert.^[8]

Bayer AG



Rechtsform Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich Chemie- & Pharmabranche
Gründungsdatum 1863
Hauptsitz Leverkusen
Lobbybüro
Lobbybüro EU 40 Rue Bollard, 1000 Brussels, (+32) 25502112
Webadresse [bayer.de](https://www.bayer.de)

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder	10
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	10
2.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben	10
2.2 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen	11
2.3 Treffen mit Vertretern der EU Kommission	11
2.4 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten	11
2.5 Mitarbeit in Kommissionen des BfR	12
3 Themen der Lobbytätigkeit	13
4 Parteispenden	13
5 Transparenz	13
6 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	14
6.1 Umstrittene Zulassung von Glyphosat	14
6.2 Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)	14
6.3 Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"	15

6.4 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	15
6.5 Klagen gegen Monsanto/Bayer	16
7 Sonstige Fallbeispiele und Kritik	16
7.1 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)	16
7.2 2015: Intransparente Hochschulkooperation	17
7.3 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	17
8 Weiterführende Informationen	17
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	17
10 Einzelnachweise	17

Geschäftsfelder

Bayer betätigt sich in den folgenden Bereichen:

- Crop Science (Pflanzenschutz, Saatgut und Pflanzeigenschaften)
- Pharmaceuticals (verschreibungspflichtige Produkte, Spezialtherapeutika und Radiologie)
- Consumer Health (verschreibungsfreie Medikamente)

Auf den Bereich Crop Science entfällt knapp die Hälfte des Umsatzes.^[9] Die Bayer CropScience Deutschland GmbH ist die deutsche Vertriebsgesellschaft der Division CropScience der Bayer AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Bayer beschreibt seine Lobbytätigkeit wie folgt: „Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es neben gesundheits- und agrarpolitischen Themen unter anderem um den Fachkräftemangel, den Wert der dualen Ausbildung, Lieferketten und Nachhaltigkeit bis hin zum Bürokratieabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.“^[10]

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.^[11] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich.

Die Kosten der politischen Verbindungsbüros des Konzerns beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.^[12] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden.

Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben der Bayer AG in Deutschland im Jahr 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro.^{[13][14]} Die Zahl der Lobbyist:innen wurde für Deutschland mit 22 (Vollzeitäquivalent: 3,71) angegeben, für die EU mit 76 (Vollzeitäquivalent: 25,9). Die Bayer Crop Science Deutschland GmbH hatte 2023 Lobbyausgaben zwischen 90.001 und 100.00 Euro.^[15]

Im Mittelpunkt der Lobbytätigkeit in den USA steht die Reduzierung der Milliardenbeträge, die Bayer für die Beilegung von Glyphosatklagen in den USA ausgibt. Nach Recherchen der Wirtschaftswoche will Bayer über Gesetzesänderungen die Klagen signifikant eindämmen.^[16] So soll der Kongress es den Bundesbehörden untersagen, Warnhinweise auf Produkten zu fördern, bei denen die nationalen Behörden keine besonderen Risiken sehen. Allein im ersten Halbjahr habe der Konzern mehr als 4,3 Mio. Dollar für Interessenvertretung ausgegeben. Das Geld fließe auch in Informationskampagnen, Anzeigen oder Internetseiten, um die öffentliche Meinung im Sinne von Bayer zu beeinflussen. Derzeit arbeiteten in den USA 51 Lobbyisten direkt und indirekt für Bayer. Neben den Lobbyaktivitäten arbeite Bayer auch daran, die Causa Gyphosat vor den obersten Gerichtshof zu bringen.

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Laut EU Transparenzregister vergibt Bayer Aufträge an [Lobbyagenturen](#). Die Unternehmen mit dem höchsten Auftragsvolumen waren 2023:

- [Rud Pedersen Public Affairs](#): eine Mio. Euro
- [EUTOP Europe GmbH](#): 400.000 bis 499.999 Euro
- [FIPRA International](#) 100.000 bis 199.999 Euro
- [FS Global](#): 100.000 bis 199.999 Euro
- Penta (ehem. Hume Brophy).: 100.000 bis 199.999 Euro

Quelle: ^[17]

Treffen mit Vertretern der EU Kommission

Zwischen 2015 und Oktober 2024 gab es 51 Treffen von Bayer mit Vertretern der EU-Kommission^[18]

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#) (vfa)
- [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI)
- Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#))
- BIO Deutschland (Branchenverband der Bio-Technologie)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)
- ICC Germany
- econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft
- Industrie-Förderung Gesellschaft mbH

- [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)
- [Westwind](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [British Chamber of Commerce in Germany](#)
- [AmCham Germany](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries Association \(EFPIA\)](#)
- [The Association of the European Self-Medication Industry \(AESGP\)](#)
- [CropLife Europe \(CLE\)](#)
- [European Crop Protection Association \(ECPA\)](#)
- [Plants for the Future](#)
- [Euroseeds](#)
- [Cosmetics Europe](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [BITKOM](#)
- [European Justice Forum](#)
- [Food Supplements Europe](#)
- [MedTech Europe](#)
- [COCIR](#)
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [Businesseurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations \(EFPIA\)](#)

Im Jahr 2022 wurden Mitgliedsbeiträge in folgender Höhe an Wirtschaftsverbände entrichtet:

- International und global: 2,5 Mio. Euro
- Europäische Union: 4 Mio. Euro
- USA 12,5 Mio. Euro
- Brasilien 1,7 Mio. Euro
- China 0,1 Mio.

Quelle: ^[19]

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Themen der Lobbytätigkeit

2023/24 betraf die Lobbyarbeit laut Lobbyregister die folgenden Regelungen vorhaben^[20]:

- Tierschutzgesetz
- Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Genehmigung der sachkundlichen Anwendung von Glyphosathaltigen Produkten ab dem 01.07.2024). Erläuterung: Der Bundesrat hat am 14. Juni 2024 die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf den Weg gebrachte Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung beschlossen, in der die bestehenden Einschränkungen bei der Anwendung von Glyphosat fortgeschrieben werden.^[21] Die Anpassung des deutschen Pflanzenschutzrechts war nötig geworden, weil die EU-Kommission Glyphosat im November 2023 für weitere zehn Jahre zugelassen hatte.
- EU-Pharma-Paket / Pharma-Package (EU General Pharmaceutical Legislative Revision)
- Implementierung der Urban Waste Water Treatment Directive (UWWTD)
- Ermöglichung des notwendigen PFAS-Einsatzes für die Herstellung und Verpackung von Arzneimitteln
- Strategie Fachkräftegewinnung

Nach [Recherchen von Corporate Europe](#) ist Bayer Mitglied einer Vielzahl von Verbänden, die in den letzten Jahren und Monaten zu den folgenden EU-Projekten lobbyierten:

- gegen die "Chemicals Strategy for Sustainability" (CSS ist ein Pfeiler des European Green Deal)
- gegen die "REACH revision" (dies hätte die Regulierung von Chemikalien verschärft)
- gegen die "PFAS restriction" (Ziel ist die Regulierung von Chemikalien für die Ewigkeit)
- gegen den "export ban on toxic chemicals and pesticides"
- gegen die "pesticide reduction targets" (SUR –Sustainable Use Regulation)
- für die "expansion of glyphosate use in Europe"
- für die uneingeschränkte Nutzung von "new genetically modified organisms"(new GMOs or NGTs)

Parteispenden

Es gibt einen [Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying](#), nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[22] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von LobbyControl zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister vorgelegt.^[23] Der [Bayer Science Collaboration Explorer](#) listet Forschungsk Kooperationen zwischen

Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von LobbyControl erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Die Lobbyarbeit von Monsanto/Bayer zur Förderung und Zulassung von Glyphosat wird im Artikel [Monsanto](#) und von der NGO Corporate Europe Observatory in [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#) beschrieben.

Umstrittene Zulassung von Glyphosat

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung von Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[24] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[25]

Im November 2023 hat die EU-Kommission die Zulassung für Glyphosat für weitere 10 Jahre verlängert, nachdem sich in einem EU-Berufungsausschuss weder genug Vertreterinnen und Vertreter der EU-Staaten für noch gegen einen weiteren Einsatz des Mittels ausgesprochen hatten.^[26] Deutschland hatte sich enthalten, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart worden war, Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt zu nehmen.^[27] Die FDP war für eine Zulassungs-Verlängerung eingetreten, die Grünen waren dagegen.^[28]

Die [Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung](#), die am 1. Juli 2024 in Kraft getreten ist, ist wie folgt begründet worden: „Der Wirkstoff Glyphosat wurde zur Verwendung in Pflanzenschutzmitteln mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2660 der Kommission vom 28. November 2023 erneut genehmigt. Ein vollständiges nationales Anwendungsverbot ist daher gegenwärtig nicht mit EU-Recht vereinbar. Das Inkrafttreten des - vorläufig ausgesetzten - vollständigen Anwendungsverbots wird deshalb aufgehoben. Um keine Verschlechterung gegenüber der bisher geltenden Rechtslage eintreten zu lassen, müssen die bisherigen Einschränkungen für die Anwendung von Glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln zwingend erhalten bleiben, um den Schutz der Artenvielfalt, des Naturhaushaltes und der Gewässer weiterhin sicherzustellen.“^[29]

Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzen.^[30] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Der Antrag

wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten ([Assessment Group on Glyphosate](#)) sowie der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) am 12. Dezember 2019 vorgelegt.^[31] Am 8. Juni 2020 wurde ergänzend ein Scientific Dossier zur Beurteilung der Sicherheit von Glyphosat übergeben. Der weitere Entscheidungsprozess ist [hier](#) dokumentiert. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre angekündigt.^[32]

Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG.

Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat durfte in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es stand eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit [EFSA](#) hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt.

Download des Factsheet ^[33]

Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."^[34] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen [Monsanto](#) Glyphosat-Studien in Deutschland über das Institut für Agribusiness aus Gießen [verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte](#). Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungsk Kooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.^[35] Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of

the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsanto ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor.^[36] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsauberen Methoden Monsanto tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort.^[37]

Klagen gegen Monsanto/Bayer

Im [Geschäftsbericht 2023](#) berichtet Bayer über die Klagen gegen Monsanto/Bayer wegen vermutlich krebserregender Risiken von Glyphosat: „Bis zum 31. Januar 2024 hat Monsanto in einer beträchtlichen Zahl von Ansprüchen Vergleichsvereinbarungen erzielt oder steht kurz davor. Von insgesamt ca. 167.000 angemeldeten Ansprüchen wurden ca. 113.000 verglichen oder erfüllen aus verschiedenen Gründen nicht die Vergleichskriterien. Bis zum 31. Januar 2024 wurden 19 Verfahren vor Bundes- oder einzelstaatlichen Gerichten mit Geschworenen in Kalifornien, Missouri, Oregon und Pennsylvania abgeschlossen. In zehn dieser Gerichtsverfahren entschieden die Jurys zugunsten von Monsanto. In den übrigen neun Verfahren wurden den Klagenden kompensatorischer Schadenersatz sowie ein Vielfaches davon als sogenannter Strafschadenersatz (punitive damages) zugesprochen. Einige dieser Fälle wurden später verglichen, aber in den meisten Fällen hat Monsanto erstinstanzliche Rechtsmittel oder Berufung gegen die Jury-Entscheidungen eingelegt oder beabsichtigt, das zu tun...Per 31. Dezember 2023 belief sich die Rückstellung von Bayer für den Verfahrenskomplex Glyphosat auf insgesamt 6,3 Mrd. USD (5,7 Mrd. €).“

An der Börse ist Bayer nur noch etwa 30 Mrd. Euro wert - rund halb so viel, wie der Konzern für Monsanto bezahlt hat.^[38]

Sonstige Fallbeispiele und Kritik

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur [mhoch3](#).^[39] „In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragserteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren.“^[40]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[41] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[42]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[43][44]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Siemens](#) etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[45]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[46][47][48][49][50]}

Weiterführende Informationen

- [Bayer Political Transparency](#), Dezember 2023
- [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#), 23.09.2024
- [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#) 12. März 2020
- Verein [Coordination gegen BAYER-Gefahren](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil und Organisation](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018

3. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmu.de, abgerufen am 06.10.2024
4. ↑ [Bodenlebewesen werden durch Pflanzenschutzmittel gefährdet](#), umweltbundesamt.de vom 30.08.2024, abgerufen am 07.10.2024
5. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmu.de, abgerufen am 06.10.2024
6. ↑ [Über Produktionssteigerungen hinaus](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
7. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
8. ↑ [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
9. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
10. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
11. ↑ [Unsere Governance für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
12. ↑ [Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
13. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
14. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
15. ↑ [Bayer Crop Science Deutschland GmbH](#), lobbyregister.de vom 28.06.2024, abgerufen a, 06.10.2024
16. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Glyphosat-Sorgen von Bayer lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
17. ↑ [Bayer AG](#), transparency-register.europa.eu vom 15.03.2024, abgerufen am 05.10.2024
18. ↑ [List of Meetings](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.10.2024
19. ↑ [Bayer Political Advocacy Transparency December 2023](#), bayer.com, abgerufen am 11.10.2024
20. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
21. ↑ [Glyphosat: Anwendungseinschränkungen bleiben bestehen](#), bmel.de vom 14.06.2024, abgerufen am 05.10.2024
22. ↑ [Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
23. ↑ [Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor](#), lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
24. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
27. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
28. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
29. ↑ [Verordnung zur Änderung der Anwendungsverordnung](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 05.10.2024
30. ↑ [What is the Glyphosate Renewal Group](#), glyphosat.eu, abgerufen am 06.12.2023
31. ↑ [Glyphosate Renewal in the EU](#), bayer.com, abgerufen am 05.10.2024
32. ↑ [EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an](#), zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
33. ↑ [hier](#) Europäische Kommission, abgerufen am 28.8.2023
34. ↑ [Pflanzenschutzmittel/Glyphosat](#) Umweltbundesamt vom 05.02.2016, abgerufen am 02.09.2023
35. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020

36. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
37. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Sorgen von Bayern lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
39. ↑ [Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER](#), Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
40. ↑ [PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings](#), Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
41. ↑ [Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten](#), spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
42. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
43. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
44. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
45. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
46. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
47. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
48. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
49. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
50. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023

FDP

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	20
1.1 Bundestagswahl 2025	20
1.2 EU-Lieferkettengesetz 2024	20
1.3 Bundestagswahl 2021	21
1.4 Beschluss "Mehr Transparenz bei Lobbyismus herstellen", 2019	21
1.5 Bundestagswahl 2017	21
1.6 Bundestagswahl 2013	22
1.7 Bundestagswahl 2009	22
2 Finanzierung	23
2.1 Rechenschaftsberichte	23
2.2 Top-Spender	23
2.3 Gesamteinnahmen	24
2.4 Ermittlung wegen Finanzierung des Wahlkampfs 2013	26
2.5 Sponsoring	26
3 Beteiligungen an Unternehmen	26
4 Vorfeldorganisationen	27
4.1 Wirtschaftsforum	27

4.2 Bundesverband Liberaler Mittelstand	27
4.3 Liberale Immobilienrunde	28
4.4 Gesprächskreis Liberaler Banker	28
5 Seitenwechsler:innen	28
6 Weiterführende Informationen	28
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
8 Einzelnachweise	29

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Das Wahlprogramm FDP für die Bundestagswahl 2025 enthält keinerlei Forderungen zu schärferen Regulierung von Parteispenden, Lobbyismus oder für mehr Transparenz.^[1]

Unter der Ampel-Regierung (SPD, Grüne, FDP) kam es 2023 zu umfassenden Reformen der Lobbyregeln. Diese betreffen die Verschärfung des Lobbyregisters, die Transparenz der Gesetzgebung („exekutiver Fußabdruck“), die Verschärfung der Regeln für Seitenwechsler:innen, sowie eine Reform des Parteiengesetzes u.a. zur Wahlkampffinanzierung (siehe [Lobbyreport 2024](#)). Organisationen wie LobbyControl und Abgeordnetenwatch sehen aber weiterhin [Handlungsbedarf](#).

EU-Lieferkettengesetz 2024

Am 08.02.2024 sollte der Rat der EU über das seit 2 Jahren verhandelte EU-Lieferkettengesetz (Corporate Sustainability Due Dilligence Directive - CSDDD) abstimmen.

Die Abstimmung wurde vertagt, da aufgrund der Enthaltung der Bundesrepublik Deutschland eine qualifizierte Mehrheit, die 65% der EU-Bürger:innen repräsentieren muss, nicht sicher war. Der federführende Bundesminister für Arbeit und Soziales Heil (SPD) musste sich enthalten, da die FDP, die an den Verhandlungen vertreten durch Bundesjustizminister Buschmann (FDP) teilgenommen hatte, gegen das Gesetz votierte. Die Kompromissvorschläge von Arbeitsminister Heil, für Bürokratie-Abbau durch Erleichterungen in der Berichtspflicht zu sorgen, wurden nicht akzeptiert.^[2] Dass Justizminister Buschmann seine EU-Justizminister-Kolleg:innen mittels eines Briefes zur Ablehnung des Gesetzes aufforderte, hatte in Brüssel für Aufsehen gesorgt.^[3]

Für die überraschende Blockade des bereits ausverhandelten Kompromisses dankten BDI, BDA und Gesamtmetall der FDP.^{[4][5][6][7]}

Andere Teile der Wirtschaft reagierten "mit Entsetzen" auf die Blockade der FDP^[8] oder verteidigten den Entwurf des Gesetzes gegen Kritik: Es würden "nicht nur gemeinsame Werte gesichert, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und Innovationen gefördert."^[9]

Durch eine Studie von [Inverto](#), einem auf Lieferketten spezialisierten Tochterunternehmen der Boston Consulting Group, fand man heraus, dass sich bei deutschen sowie französischen Firmen mit mindestens 500 Beschäftigten über drei Viertel der 600 befragten Geschäftsführer, Managerinnen und Vorstände „gut aufgestellt“ fühlen, um die EU-Richtlinie umzusetzen. 78 Prozent der Firmen hält die Anforderungen für „realisierbar“ und rechnet nur mit „leichten bis moderaten“ Kostensteigerungen.^[10]

Bundestagswahl 2021

Die FDP wird mit einem Stimmenanteil von 11,5% der Zweitstimmen Teil der Ampelkoalition mit SPD (25,7%) und Grünen (14,8%). ^[11]

Die FDP stellt vier Bundesminister: Christian Lindner (Bundesminister der Finanzen), Marco Buschmann (Bundesminister der Justiz), Volker Wissing (Bundesminister für Digitales und Verkehr), Bettina Stark-Watzinger (Bundesministerin für Bildung und Forschung).

Im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 finden sich keine Forderungen bezüglich Lobbyismus und Transparenz. Mit den Parteien SPD und Grüne hat sich die FDP aber im Rahmen des Koalitionsvertrages für mehr Transparenz ausgesprochen, so wurde etwa die Einführung einer **legislativen Fußspur** vereinbart. ^[12]

Beschluss "Mehr Transparenz bei Lobbyismus herstellen", 2019

Im November 2019 hat die FDP-Bundestagsfraktion einen Beschluss mit dem Titel "**Mehr Transparenz bei Lobbyismus herstellen**" veröffentlicht, welcher eine veränderte Position in Bezug auf Lobbykontrolle und -transparenz offenbart. In dem Beschluss fordert die Bundestagsfraktion die Einführung eines Lobbyregisters. Sie will dies durch eine Weiterentwicklung der seit 1972 beim Bundestagspräsidenten geführten **Verbändeliste** umsetzen. In diese ist eine Eintragung freiwillig, sie enthält kaum relevante Informationen zu den Akteuren und erfasst nur einen Teil der Lobbyakteure. Unternehmen und Lobbydienstleister, wie Agenturen und Kanzleien, werden nicht erfasst. Diese Mängel an der Verbändeliste will die FDP beheben und "wirksame Sanktionen" einführen die "keinen Raum für Umgehungspraktiken bieten".

Die Verbändeliste ist allerdings lediglich in der Geschäftsordnung des Bundestages verankert. Das bedeutet, dass bei einer einfachen Weiterentwicklung der Liste weiterhin keine Lobbyaktivitäten erfasst werden würden, welche sich direkt an die Regierung richten. Ebenfalls nicht erfasst würde Lobbyismus, welcher keinen direkten Einfluss auf Gesetze und Verordnungen nimmt. ^[13]

Bundestagswahl 2017

Die FDP hat in der Vergangenheit mehr Lobbykontrolle und -transparenz meist abgelehnt. ^[14] Als traditionell unternehmerfreundliche Partei wurde sie in den letzten Jahren immer wieder mit dem Vorwurf der Klientelpolitik konfrontiert. Die Mövenpick- Parteispendenaffäre trug mit dazu bei, dass die FDP den Einzug in den Bundestag 2013 verpasste. Auch gab es fragwürdige finanzielle Verflechtungen mit der Glücksspiel-Lobby (Gauselmann).

Aus ihren Affären und Skandalen hat die FDP offenbar wenig gelernt: Im Wahlprogramm gibt es zwar den Abschnitt „Modernisierung unserer Demokratie“. Doch Lobbytransparenz und -kontrolle oder strengere Regeln bei der Parteienfinanzierung gehören für die FDP offenbar nicht zu einer modernen Demokratie. Im Wahlprogramm findet sich zur Lobbyismus-Problematik jedenfalls keine einzige Aussage zu diesem Themenkomplex. ^[15] So muss man den Eindruck gewinnen, dass die FDP ihre Position von 2013 gegen ein Lobbyregister und gegen eine Begrenzung von Großspenden an Parteien auch heute noch aufrecht erhält. Der Parteivorsitzende Christian Lindner bestätigte diese Einschätzung kürzlich, als er gegenüber Abgeordnetenwatch.de verkündete, die bestehenden Regelungen zur Lobbytransparenz seien ausreichend.

Dazu passt, dass die FDP aus der außerparlamentarischen Opposition in den letzten vier Jahren keine Vorstöße für mehr Transparenz unternommen hat. Bei manchen Konzernen und Superreichen scheint das gut anzukommen: Die FDP erhielt in 2017 schon in den ersten sieben Monaten mehr Großspenden von jeweils über 50.000 Euro als im ganzen letzten Bundestagswahljahr 2013, nämlich über 1,5 Millionen Euro.

Bundestagswahl 2013

Die FDP äußert sich in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) („Bürgerprogramm“) nur zum Punkt der Korruptionsbekämpfung: „Wir setzen uns ein für eine verfassungskonforme Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption.“ (S. 90) Ansonsten finden sich keine Aussagen zum Thema Transparenz und Lobbyismus.

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl.^[16]

Die FDP hält die meisten Vorschläge für mehr Transparenz und Schranken für Lobbyisten demnach für unnötig oder nicht praktikabel. In einigen Bereichen, wie der Parteienfinanzierung scheint die FDP Verbesserungen nicht vollständig ablehnend gegenüber zu stehen. Dies spiegelte sich aber in den vergangenen vier Jahren nicht in eigenen politischen Initiativen wider. Wir begrüßen die Forderung der FDP nach einem Sponsoringbericht. Die Nebeneinkünfte sind der einzige Bereich, in dem sich Schwarz-Gelb in den vergangenen vier Jahren unter dem Druck der Steinbrück-Debatte bewegt hat. Weitere Verbesserungen strebt die FDP, mit einer eventuellen Ausnahme bei den Redneragenturen, nicht an.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#)^[17]

- Das Fazit von LobbyControl zu den Auskünften der FDP lautete:

Mit der FDP ist Transparenz über die Nebeneinkünfte von Abgeordneten nicht zu haben. Eine sehr weiche und eng gefasste Regelung von fliegenden Wechseln wird angestrebt. Zu den anderen Themen hält sie sich mit klaren Standpunkten zurück und will vor allem „Fragen prüfen“. D.h. es soll sich erstmal nichts ändern^[18]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Finanzierung

Die FDP erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 61.820.125,4 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro. Davon kamen 32.826.703,22 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendinggesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der FDP

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht 2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023

Top-Spender

Die 11 Topspender der FDP in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Dr. Georg Kofler	750.000 €	
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	605.002 €	Spenden von Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V., METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
Flossbach von Storch AG	431.452 €	
DVAG (Firmengeflecht)	697.501 €	Spenden von Deutsche Vermögensberatung AG und Allfinanz Deutsche Vermögensberatung AG
Luton Verwaltungs GmbH	250.000 €	
Prof. Dr. Hans-Georg Näder	250.500 €	
Familie Dommermuth (United Internet)	229.000 €	Spenden von Ralph Dommermuth, Judith Dommermuth und Ralph Dommermuth GmbH & Co. KG Beteiligungsges.
Carsten Maschmeyer	209.000 €	
Stephan Schambach	200.000 €	
Familie Gröner	200.000 €	Spenden von Gröner Family Office GmbH sowie Christoph Gröner
VÖLKELE GmbH	200.000 €	

Weitere Spender der FDP sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der FDP** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2024		2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	-	-	11,1 9	22,4 7	11,7 8	30, 2	10,7 4	20,8 4	9,8 7	26,7 3	9, 7	25,5 0
Mandatsträgerbeiträge	-	-	3,7 9	7,6 2	3,9 4	10,1 1	3,4 4	6,6 7	3,0 4	8,2 2	2,9 3	7, 7
Spenden von natürlichen Personen	-	-	4,1 1	8,2 7	3,7 9	9,7 3	13,0 2	25,2 5	5,0 2	13,5 9	5, 9	15, 5
Spenden von juristischen Personen	-	-	2,0 5	4,1 3	1,6 8	4, 3	6,6 2	12,8 3	1,3 1	3,5 5	2,0 9	5, 5

Aus												
Unternehmenstätigkeit	-	-	1,2	2,5	1,	3,	0,0	0,1	0,	1,0	0,0	0,1
und Beteiligungen			8	7	4	6	6	1	4	8	5	4
Aus sonstigem	-	-	0,	0,8	0,3	3,3	0,3	0,6	0,3	0,9	0,3	0,8
Vermögen			4	1	2	2	2	1	6	8	3	7
Aus Veranstaltungen,	-	-	1,4	2,9	1,2	3,3	1,1	2,2	1,1	3,1	1,5	3,9
Publikationen			5	1	9	2	6	5	6	5	1	6
und Sponsoring												
Staatliche Mittel	-	-	18,5	37,3	14,4	36,9	16,0	31,	15,6	42,4	15,4	40,5
			8	3	2	8	3	1	9	9	2	5
Sonstige	-	-	6,9	13,8	0,3	0,9	0,1	0,3	0,0	0,2	0,1	0,2
			1	9	6	2	8	4	8	2	1	8
Summe	-	-	49,77 Mio €		39 Mio €		51,56 Mio €		36,93 Mio €		48,08 Mio €	

Art der Einnahmen /Jahr	2018		2017		2016		2015		2014		2013	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	9,0	25,3	7,8	20,2	6,8	25,2	6,4	25,	6,	23,	6,5	19,
	6	4	6	8	6	8	7	1	3	3	7	7
Mandatsträgerbeiträge	2,7	7,6	2,0	5,3	1,7	6,3	1,5	6,	1,8	6,	2,	8,3
	3	4	9	9	3	8	5	0	3	8	8	9
Spenden von natürlichen Personen	4,3	12,0	10,4	26,9	5,5	20,	5,2	20,	5,8	21,	7,	21,6
	0	3	5	7	4	4	8	5	4	7	2	1
Spenden von juristischen Personen	1,6	4,	4,6	11,9	1,9	7,0	1,8	7,	1,9	7,	3,	11,1
	8	7	2	3	1	3	8	3	7	3	7	0
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,2	0,6	0,	0,2	0,0	0,2	0,06	0,2	0,0	0,	0,1	0,4
	3	4	1	5	7	7	5	5	7	3	5	4
Aus sonstigem Vermögen	1,2	3,5	0,	1,0	0,3	1,4	0,42	1,	0,4	1,	0,4	1,3
	6	1	4	2	8	1	3	6	8	8	6	8
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	1,3	3,8	1,3	3,	1,2	4,6	1,1	4,	1,	4,	1,8	5,4
	6	1	6	5	6	3	6	5	2	5	1	2
Staatliche Mittel	15,0	42,1	11,7	30,3	11,7	33,9	8,8	34,	9,2	34,	10,	31,5
	6	2	5	2	5	1	6	4	0	1	5	3
Sonstige	0,0	0,2	0,1	0,3	0,1	0,6	0,1	0,4	0,09	0,	0,1	0,4
	7	1	3	3	9	9	1	3	6	4	4	2
Summe	35,76 Mio €		38,74 Mio €		27,15 Mio €		25,8 Mio €		26,961 Mio €		33,3 Mio €	

Quellen: ^[19]

Ermittlung wegen Finanzierung des Wahlkampfs 2013

Seit Sommer 2016 ermittelt die Bundestagsverwaltung, ob die Partei Teile des Wahlkampfs 2013 mit Steuermitteln finanziert hatte, die für die Arbeit der Bundestagsfraktion bestimmt waren: dazu gehörten ein aufwendiger Werbefilm mit dem Titel „Freiheit bewegt“ und Werbebriefe an mehr als drei Millionen Haushalte.^[20]

Sponsoring

Parteisponsoring ist bislang nicht im Parteiengesetz geregelt und fällt daher nicht unter die Transparenzregeln, die für Parteispenden gelten. Die Sponsoren vergangener FDP-Parteitage lassen sich daher nur vereinzelt durch Fotos der dort ausgestellten Sponsorentafeln bestimmen.

- [Sponsoren des 60. Bundesparteitags der FDP](#), 15.-17.05.2009
- [Sponsoren des 68. Bundesparteitags der FDP](#), 28.-30.04.2017
- [Sponsoren des 70. Bundesparteitags der FDP](#), 26.-28.04.2019
- [Sponsoren des 73. Bundesparteitags der FDP](#), 23.- 24. 04.2022

Beteiligungen an Unternehmen

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die FDP Mehrheitsbeteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- Liberal Vermögensverwaltungsgesellschaft, Bonn
- Liberal Wirtschafts-Dienstleistungen GmbH, Düsseldorf
- LiSa Service GmbH, Dresden
- Niedersachsen Verlag GmbH, Hannover
- ProLogo Gesellschaft für Veranstaltungsorganisation mbH, Berlin
- Reinhardtstraßenhöfe GmbH & Co. KG, Bonn (Beteiligungshöhe: 89,29 %), die Eigentümerin des Büro- und Tagungskomplexes [Reinhardtstraßenhöfe](#) in Berlin ist. Zu den Mietern gehört u.a. die FDP-Bundesgeschäftsstelle
- Reinhardtstraßenhöfe Verwaltungs GmbH, Bonn (Beteiligungshöhe: 86,00 %)
- Universum GmbH, Berlin
- Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlagsgesellschaft mbH, Wiesbaden

Die vorgenannten Unternehmen halten unmittelbare und mittelbare Beteiligungen von 50 % bzw. 100 % an:

- Universum Verlag GmbH
- Universum Kommunikation und Medien AG

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 wurde das Haus- und Grundvermögen mit über drei Mio. Euro und die Unternehmensbeteiligungen mit ca. 9,6 Mio. Euro bewertet.

Vorfeldorganisationen

Wirtschaftsforum

Im Januar 2016 haben führende Repräsentanten der Wirtschaft sowie einige wirtschaftsnahe Professoren das [Wirtschaftsforum der FDP](#) gegründet. Zu den Mitgliedern zählen hohe Funktionsträger der einflussreichen Arbeitgeber-Lobbyorganisationen [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).

Bundesverband Liberaler Mittelstand

Der Verein „Liberaler Mittelstand e.V. - Bundesvereinigung“ ist laut [Satzung](#) ein Berufsverband mit Sitz in Berlin, Reinhardtstr 14, wo auch die Bundesgeschäftsstelle der FDP residiert. Der Verein hat die Aufgabe, die ideellen und wirtschaftlichen Interessen derjenigen in Gesellschaft und Politik zu vertreten, die unternehmerisch oder beruflich im Mittelstand tätig sind. Viele Vereinsmitglieder - insbesondere in Führungspositionen - sind FDP-Politiker oder FDP-Mitglieder. Parlamentarischer Ansprechpartner ist „in erster Linie die freiheitlich-liberale FDP“.^[21] Der aktuelle Vorstand ist [hier](#) abrufbar. Stellv. Vorsitzender ist Axel Graf von Bülow, bis Juni 2018 Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Freier Tankstellen.^[22]

In den Geschäftsberichten der FDP wird über die Aktivitäten des Vereins unter „Liberales Vorfeld“ berichtet. Der Liberale Mittelstand ist im Bundesvorstand der FDP und im Bundesfachausschuss Wirtschaft der FDP (BFA Wirtschaft) regelmäßig vertreten.^[23] So gehörte Axel Graf von Bülow (Stellv. Bundesvorsitzender des Liberalen Mittelstands) von April 2019 bis Mai 2021 dem Bundesvorstand der FDP an, Dorian Hartmuth (Bundesvorsitzender des Liberalen Mittelstands) war ab 11/2020 Ständiger Gast des Bundesvorstands. Beide waren darüber hinaus Mitglieder im BFA Wirtschaft. In Zusammenarbeit mit dem BFA Wirtschaft hat der Verein mittelstandspolitische Anträge für den Bundesparteitag der FDP eingebracht. Mit dieser Praxis verschaffte die FDP einem Lobbyverband die Möglichkeit, einen erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung ihrer Wirtschaftspolitik zu nehmen. Nach Angaben des FDP-Generalsekretärs Bijan Djr-Sarai ist diese Praxis inzwischen beendet worden.^[24] Vertreter des Liberalen Mittelstands seien nicht mehr Ständige Gäste im Bundesvorstand.^[25]

Laut Geschäftsbericht 2019-2021 der FDP arbeitet der Verein daran, ein breites Netzwerk mit den deutschen Wirtschaftsverbänden aufzubauen, um gemeinsam schlagkräftiger operieren zu können. Folgende Mitglieder seien bereits gewonnen worden: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe, Bundesverband Automatenunternehmer. Mit dem Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft werde kooperiert. Derzeit fänden noch Anbahnungsgespräche mit drei weiteren Spitzenverbänden statt.

Quelle: ^[26]

Liberaler Immobilienrunde

Die FDP-nahe [Liberaler Immobilienrunde e.V.](#) mit Sitz in Berlin ist 2014 vom Gründungsvorstand Sebastian Körber (Immobilienmakler und -makler, Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Bau und Wohnen“ der FDP), Jürgen Michael Schick (Vizepräsident des Immobilienverbands IVD) und Rainer Zitelmann (damals Geschäftsführer der Dr. ZitelmannPB. GmbH) initiiert worden.^{[27][28][29]} Zitelmann, der sich aus dem Immobiliengeschäft zurückgezogen hat, veranstaltet nunmehr Seminare zur Steuervermeidung, zu denen die Veranstaltung „So schützen Sie Ihr Vermögen mit einer Familienstiftung in Liechtenstein“ gehört.^[30] Er ist ein nicht mehr politisch aktives Mitglied der FDP, der sich dem rechten Flügel zurechnete.^[31] 2021, 2020 und 2019 spendete er jeweils 61.200 Euro an die FDP.^[32]

Laut [Satzung](#) verwirklicht der Verein seine Ziele mittels Durchführung von Gesprächskreisen mit Führungskräften, insbesondere der deutschen Immobilienwirtschaft und leistet einen Beitrag zum Dialog zwischen Politik und Wirtschaft. Vorsitzender seit 2018 ist Ernst Wilhelm, Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Wirtschaftsmediator Gesellschafter bei HKK Rechtsanwälte. Stellv. Vorsitzender ist Sebastian Czaja, Fraktionsvorsitzender der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus, Stellv. Landesvorsitzender der FDP, seit 2016 Projektentwickler beton & rohrbau 2.0 GmbH, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe. Stellv. Vorsitzender ist außerdem Jacopo Mingazzini, Vorstand der THE GROUNDS Real Estate Development AG, bis 2020 Vorstand des Wohnungsprivatisierers ACCENTRO Real Estate AG, Vorstandsvorsitzender des Vereins zur Förderung von Wohneigentum in Berlin.

Gesprächskreis Liberaler Banker

Der 1993 in Frankfurt gegründete Gesprächskreis sieht sich als liberales Gesprächsforum für Banker und wird von der FDP Frankfurt getragen.^[33] Die Veranstaltungen finden in unregelmäßigen Zeitabständen statt.

Seitenwechsler:innen

In der Tabelle [Seitenwechsler:innen im Überblick](#) befinden sich mehrere FDP-Mitglieder, darunter [Dieter Posch](#), [Martin Biesel](#), [Anne Herkes](#) und [Christian Weber](#).

Weiterführende Informationen

- [Rechtswidrig: Auch bei der FDP sitzt ein Lobbyverband im Vorstand](#)
- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2025](#), fdp.de, abgerufen am 18.02.2025
2. ↑ [Heil-Lieferkettengesetz](#) tagesschau.de am 06.02.2024, abgerufen am 12.02.2024
3. ↑ [Deutschland in der EU](#) Tagesschau.de vom 08.02.2024, abgerufen am 10.02.2024
4. ↑ [Lieferkettengesetz-EU-Deutschland](#) tagesschau.de vom 01.02.2024, abgerufen am 12.02.2024
5. ↑ [Widerstand der Mitgliedsländer zeigt EU-Lieferkettenrichtlinie ist nicht akzeptabel](#) arbeitgeber.de vom 09.02.2024, abgerufen am 13.02.2024
6. ↑ [dank der FDP...](#) gesamtmittel.de vom 01.02.2024, abgerufen am 13.02.2024
7. ↑ [...das-drama-muss-jetzt-endlich-beendet-werden](#) gesamtmittel.de vom 09.02.2024, abgerufen am 13.02.2024
8. ↑ [... unser Appell an die Bundesregierung...](#) vaude.com vom 18.01.2024, abgerufen am 15.02.2024
9. ↑ [Die CSDDD ist eine Chance für die Wirtschaft](#) bnw-bund.de vom 30.01.2024, abgerufen am 15.02.2024
10. ↑ [Studie](#) inverto.com, abgerufen am 15.02.2024
11. ↑ [\[1\]](#), Der Bundeswahlleiter, endgültiges Ergebnis, abgerufen am 17.12.2021
12. ↑ [Koalitionsvertrag Mehr Fortschritt wagen](#) Bundesregierung.de, abgerufen am 13.12.2021.
13. ↑ [FDP fordert Lobbyregister - Altmaier mehr Demokratie](#), Webseite von LobbyControl vom 20.11.2019, abgerufen am 04.05.2020
14. ↑ [Siehe z.B.: Schwarz-Gelb weist europäische Forderungen nach mehr Transparenz zurück](#), Webseite von LobbyControl vom 12.07.2012, abgerufen am 30.04.2020
15. ↑ [Programm der FDP zur Bundestagswahl 2017, pdf \(1,8 MB\)](#), abgerufen am 30.04.2020
16. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 30.04.2020
17. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 30.04.2020
18. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 30.04.2020
19. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 05.05.2023
20. ↑ [In mehr als zehn Fällen: "Spiegel": FDP finanzierte Wahlkampf mit Steuergeldern](#), Merkur, 22. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 30.04.2020
21. ↑ [Über uns](#), liberaler-mittelstand.com, abgerufen am 05.01.2022
22. ↑ [Axel Graf von Bülow in den Ruhestand verabschiedet](#), eft-service.de Sonderausgabe 06/2018, abgerufen am 31.05.2022
23. ↑ [Wenn Wirtschaftsvertreter im Vorstand mitreden](#), sueddeutsche.de vom 21.03.2021, abgerufen am 30.04.2022
24. ↑ [Markus Lanz vom 26. Mai 2022](#), zdf.de, abgerufen am 30.05.2022
25. ↑ [Nach unserer Kritik: Lobbyverband verlässt Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 02.06.2022, abgerufen am 12.06.2022
26. ↑ [Geschäftsbericht 2019-2021 der FDP, Liberaler Mittelstand](#), fdp.de, abgerufen am 04.01.2022
27. ↑ [Rainer Zitelmann](#), flickr.com vom 27.04.2015, abgerufen am 20.04.2022
28. ↑ [Profil Sebastian Czaja](#), fdp-fraktion.berlin, abgerufen am 14.04.2022
29. ↑ [Profil](#), bayern.landtag.de, abgerufen am 14.04.2022
30. ↑ [Liechtensteinische Familienstiftung](#), rainer.zitelmann.de vom März 2023, abgerufen am 31.08.2023
31. ↑ [1994-1995](#), rainer.zitelmann.de, abgerufen am 31.08.2023
32. ↑ [Zitelmann](#), lobbypedia.de, abgerufen am 31.08.2023

33. ↑ [Vorfeldorganisationen](#), fdp-frankfurt.de, abgerufen am 20.04.2022